

Stefan Schmalz/Anne Tittor (Hrsg.)

Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez



Soziale Bewegungen
zwischen Autonomie
und Staat

Stefan Schmalz/Anne Tittor (Hrsg.)
Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez



Stefan Schmalz/Anne Tittor (Hrsg.)

**Jenseits von Subcomandante
Marcos und Hugo Chávez**

Soziale Bewegungen zwischen
Autonomie und Staat

Festschrift für Dieter Boris

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-318-2

Inhalt

Stefan Schmalz/Anne Tittor	
Einleitung	7
Rainer Falk	
Das Pendel schwingt zurück	15
Erkundungen an den Grenzen des Washington Consensus	
Lateinamerika	
Therese Gerstenlauer/Alke Jenss/ Kristy Schank/Johannes Schulten	
Neoliberalismus, Sozialstrukturveränderungen und politische Artikulation	31
Clarita Müller-Plantenberg	
Solidarische Ökonomie	45
Matthias Ebenau/Stefan Schmalz	
Der Widerstand der sozialen Bewegungen gegen Freihandelsabkommen in Lateinamerika	62
Ingo Malcher	
Annäherungen an den Linkspersonismus	76
Albert Sterr	
Modellwechsel mit Hindernissen	89
Autoritärer Neoliberalismus und Aufschwung alternativer Bewegungen in Mexiko	
Bea Müller	
Die »bolivarische Revolution«	102
Frauenbewegungen und feministische Politik	
Urs Müller-Plantenberg	
Schlaglichter auf das Verhältnis zwischen Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Chile	117

Juliana Ströbele-Gregor Kanon mit Gegenstimme – Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien	129
Stefan Peters Enttäuschte Hoffnung	142
Von Euphorie zur Lethargie bei Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Parteibasis der Frente Amplio in Uruguay	
Andere Weltregionen	
Joachim Becker Zwiespältige Verhältnisse	155
Progressive Regierungen und soziale Bewegungen in Südafrika und Brasilien	
Hans-Jürgen Bieling/Christina Deckwirth Von Seattle über Porto Alegre nach Brüssel	179
Die Europäisierung sozialer Bewegungen	
Gert Meyer Arm und Reich in Russland	192
Werner Ruf Der politische Islam – eine Widerstandsbewegung?	205
Marburger Weggefährten	
Frank Deppe Sieger oder Verlierer?	218
Anmerkungen zur Debatte um die »68er«	
Rainer Rilling We don't do empire	232
Georg Fülberth Die Permanenz der Eigentumsfrage	244
Die Autorinnen und Autoren	253

Stefan Schmalz/Anne Tittor

Einleitung

»Das Lager von Porto Alegre«, die »Neue Aurora«, die »zweite Supermacht«, der »postmoderne Fürst«, in Frankreich häufig als »les altermondialistes«, in den USA als »Global Justice Movement« und in Italien als die »Bewegung der Bewegung« bezeichnet – selten wurden einer sozialen Bewegung so viel Aufmerksamkeit und so viele Namensgebungen zuteil wie der globalisierungskritischen. In ihr wurde erneut das »Neue« in den Neuen Sozialen Bewegungen entdeckt: Sie zeichne sich durch eine netzwerkartige »rhizomatische« Organisationsstruktur aus; sie stelle die erste wahrhaft globale Bewegung dar; sie nutze die digitale Kommunikations- und Informationstechnologie; sie zielen nicht auf die Machtübernahme, sondern lehne mehrheitlich die Beteiligung an staatlicher Politik explizit ab – so die oftmals geäußerten Hypothesen zu ihrem Wirken und ihrer Zielsetzung.

Die heterogene Ansammlung sozialer Gruppen und politischer Projekte gewann rasch an Kraft – ob auf globaler Ebene im Weltsozialforumsprozess oder auf der nationalen Ebene in der direkten Auseinandersetzung mit neoliberalen Regierungen. Die Mobilisierungsfähigkeit gegen die großen Gipfel von WTO, G8, IWF oder WEF war erstaunlich. Nachdem die Bewegung beim Protest gegen die WTO in Seattle 1999 erstmals öffentliche Aufmerksamkeit fand, brachen die eindrucksvollen Proteste nicht mehr ab: Prag 2000, Genua 2001, Evian 2003, Hongkong 2005, Heiligendamm 2007.

Kaum war es zum Allgemeinplatz geworden, dass die Bewegung ein fester Bestandteil der internationalen Politik geworden ist, wurde auch schon deren Krise festgestellt. Vermehrt wird von einem Strategie- und Motivationsloch oder zumindest einem »Durchatmen« (Brand 2005: 5) gesprochen. Auch die mediale Aufmerksamkeit ließ nach (Marchart/Weinzierl 2006: 7ff.). Dabei schoben sich vor allem zwei Probleme in den Vordergrund: Zunächst kehrten eher traditionelle Politikfelder wie die Sozialpolitik zurück auf die Tagesordnung, die primär auf der nationalen Ebene verhandelt werden. Sie stellen viele globalisierungskritische Akteure vor neue strategische Herausforderungen. Außerdem warf die Stärkung der parlamentarischen Linken die Frage nach dem Verhältnis von Regierung und sozialen Bewegungen neu auf.

Die veränderte Situation ist in Lateinamerika besonders deutlich. Hier amtieren mittlerweile in zehn Ländern Mitte-Links-Regierungen, die sich zumindest auf rhetorischer Ebene gegen den Neoliberalismus wenden. Viele der Parteien, die sich an der Regierung beteiligen, verstehen sich als bewegungsnah und

haben ihre Wurzeln in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Es kommt zu widersprüchlichen Ergebnissen: Gesellschaftliche Veränderungen, die hinter ihre Ziele zurückfallen, realpolitische Verstrickungen, interne Spaltungen und nicht zuletzt auch Korruptionsaffären und Misserfolge werden zur Normalität. Selbst wenn das instrumentelle Verhältnis, das Parteien und Gewerkschaften lange zu sozialen Bewegungen hatten, vielerorts überwunden scheint und neue Formen der Kooperation erprobt werden, verlieren diese oft nach Zeiten hoher Mobilisierung an Dynamik und suchen Wege aus dem Dilemma, sich einbinden zu lassen oder in die Marginalisierung zu fallen. Die Frage nach Institutionalisierung, Repräsentanz und ihrem Preis ist allgegenwärtig.

Marcos und Chávez als Symbolfiguren

Dabei stehen Subcomandante Marcos als Sprachrohr der zapatistischen Aufständischen und Venezuelas Staatschef Hugo Chávez für zwei Pole der strategischen Orientierung linker Politik, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Auf der einen Seite herrscht eine umfassende Staats- und Machtkritik vor, die mit der Ablehnung von Regierungsverantwortung selbst um den Preis geringer realpolitischer Einflussmöglichkeiten einhergeht; auf der anderen Seite existiert der Versuch, einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« aus der Regierungsposition aufzubauen, der sich auf den Erdölreichtum des Landes gründet. Die Kommuniqués der EZLN (dt. Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) aus dem lakandonischen Urwald erzeugen mit einer Sprache voller Metaphern Konjunkturen weltweiter Öffentlichkeit, denen Phasen des Schweigens folgen. Der Diskurs von einer Welt, in der viele Welten Platz haben, sowie der »verbale Anti-Avantgardismus« (Boris/Sterr 2002: 160), der sich in dem Postulat »preguntando caminamos« – »fragend schreiten wir voran« ausdrückt, sorgen für Solidarität in intellektuellen Kreisen weltweit, werden aber mitunter auch als strategische Unbestimmtheit interpretiert. Volkstribun Chávez hingegen genießt große öffentliche Aufmerksamkeit, weiß auf alles eine Antwort, kontert verbale Angriffe mit bisweilen harten Phrasen, polarisiert die öffentliche Meinung in Venezuela und auf internationaler Ebene, findet aber unter Intellektuellen und in den Privatmedien wenig Zuspruch.

Beide Strömungen der Linken wehren sich gegen den jahrhundertelangen Ausschluss großer Bevölkerungsteile aus dem gesellschaftlichen Leben und mobilisieren gegen den Neoliberalismus. Die ZapatistInnen lehnen dabei jedoch eine Zusammenarbeit mit politischen Parteien oder anderen linken Kräften ab, die die Beteiligung oder Eroberung der Staatsmacht anstreben. In Venezuela hingegen haben die ChavistInnen ihren eigenen Gewerkschaftsdachverband

aufgebaut und versuchen in den Stadtteilbewegungen bisweilen, andere Kräfte an den Rand zu drängen. So stieß auch die Initiative, im Jahr 2007 die PSUV (Partido Socialista Unificado de Venezuela) als linke Sammelpartei zu bilden, nicht nur auf Zuspruch seitens der anderen linken Parteien. Während sich soziale Bewegungen in Venezuela gegen die Vereinnahmungsversuche der Regierung zur Wehr setzen müssen, um ihre Autonomie zu bewahren, betont die EZLN in der Otra Campaña (Anderen Kampagne), dass sie den Menschen in Mexiko kein allgemeines Konzept liefern kann, um ihre Probleme zu lösen, außer ihnen davon abzuraten, auf Politiker gleich welcher Couleur zu vertrauen.

Sowohl in Venezuela als auch in Mexiko setzt man auf Selbstorganisation, versteht indes sehr verschiedene Dinge darunter. Die ZapatistInnen haben in den letzten Jahren in einem kleinen, abgrenzbaren Territorium im Südosten Mexikos eigene Verwaltungsstrukturen geschaffen, die unabhängig vom Staat sind. Die Konzentration auf den Aufbau ihrer »Guten Regierung«, die Einrichtung unbezahlter Ämter von Gesundheitsbeauftragten über RichterInnen bis hin zu Verwaltungstätigkeiten, die jederzeit abwählbar sind, führte aber zugleich zu einem Rückzug in den bewaffneten Kommunitarismus. Während die »gehorchend regierende« Verwaltungsstruktur der ZapatistInnen in ihren Gebieten als verlässliche Institution funktioniert, treibt die Regierung Chávez den Aufbau einer Doppelmacht voran, in der mit den »Consejos Comunales« (Kommunale Räte) eine parallele Rätestruktur zu den traditionellen staatlichen Institutionen geschaffen wird. Diese neuen Formen der »Selbstorganisation von oben« werden jedoch auch durch staatliche Gelder finanziert und von chavistischen Organisationen dominiert.

Die Möglichkeiten für eine effektive Sozialpolitik gehen indessen weit auseinander: Die Regierung Chávez hat mit der ALBA (dt. Bolivarianische Alternative für Amerika) ein regionales Bündnis gebildet, in dem u.a. venezolanisches Erdöl gegen medizinische Basisdienstleistungen aus Kuba getauscht wird. Die Bevölkerung – insbesondere die Anhängerschaft von Chávez – profitiert von einer Vielzahl von Sozialprogrammen zur Armutsbekämpfung (misiones), die aus der Erdölrente finanziert werden. Die Basis der ZapatistInnen hingegen – arme, militärisch bedrohte, teilweise zerstörte Gemeinden in oft unwirtlichem Gelände – muss aus eigener Kraft materielle Verbesserungen erzielen, da sie die Annahme von Sozialprogrammen aus Regierungsgeldern als Klientelismus kategorisch zurückweist.

Kurzum, Chávez und Marcos sind Symbolfiguren von zwei gegensätzlichen Politikkonzepten, die beide den Anspruch auf soziale Emanzipation besitzen. Sie zeigen das Spannungsfeld von Autonomie und Etatismus auf, in dem sich linke Politik bewegt.

Theoretisierungsversuche: Zwischen Poulantzas und Abendroth

Doch wie kann dieses Spannungsfeld theoretisiert und empirisch gefasst werden? In der kritisch orientierten Theoriedebatte wird oftmals auf die Werke von Nicos Poulantzas zurückgegriffen, um diesen Brückenschlag zu leisten. Der Staat wird hier weder als neutrales Terrain noch als reines Instrument zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klassen verstanden, sondern vielmehr »als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen« konzeptioniert (Poulantzas 2002: 159). Soziale Bewegungen stehen vor dem Problem, inwieweit sie die staatlichen Formen von politischen Auseinandersetzungen aufgreifen (Brand/Heigl 2006: 175ff.). Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Linksparteien, die einerseits eine privilegierte Rolle im Zugang zu staatlichen Apparaten besitzen und eine Infrastruktur für emanzipative Bewegungen ermöglichen können, andererseits Teil des Staatsapparats sind und die bürgerliche Herrschaft erneuern und legitimieren. Der damit einhergehende »Sog des Etatismus« (ebd.: 173) lässt sich in Lateinamerika beobachten, wo sich soziale Bewegungen seit der Wahl verschiedener Mitte-Links-Regierungen den Herausforderungen des gleichzeitigen Sich-Abgrenzens und Kooperierens stellen müssen. Das zapatistische Konzept verkörpert dabei den Versuch, die gesellschaftlichen Kräfte außerhalb der staatlichen Institutionen zu verändern, während der Chavismus diese gerade als zentrales Medium verwendet.

Bei dem Ansatz, den Dieter Boris für seine Studien zu sozialen Bewegungen nutzt, steht nicht das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Freilich geht es darum, die gesamtgesellschaftliche Wirkung von politischen Interventionen einzuschätzen, Probleme und Ambivalenzen zu benennen, Widersprüche nicht zu verwischen. Doch Dieter Boris verortet sich in einem empirisch-orientierten Marxismus, der sich im Anschluss an Wolfgang Abendroth durch eine historische Herangehensweise auszeichnet. So beschreibt er seinen Bezug auf Abendroth wie folgt: »Ja, das war bei ihm das A und O. Ohne historische Herangehensweise musste man das Problem verkennen oder in eine falsche Richtung gehen. Das war ganz klar und das haben wir wirklich internalisiert. Gelernt haben wir auch die dialektische Herangehensweise an Probleme, d.h. das Sich-Verändern von Phänomenen und Gegenständen im Verlauf ihrer historischen Entwicklung, dass sich etwas ins Gegenteil verkehrt durch die Art der widersprüchlichen historischen Entwicklung.« (Abendroth-Gruppe 2006: 159) Dabei geht es nicht darum, eine »besondere marxistische Theorierichtung zu entfalten«, sondern um »einen akzeptablen, plausibeln marxistischen Ansatz, der extreme Polaritäten vermeidet, wie etwa zu objektivistisch, subjektivistisch, aktivistisch oder evolutionistisch zu sein oder sonst welche Spielart des Marxismus überbetont, sondern eine realitätsgerechte Analyse von einem bestimmten Pro-

blem hinbekommt.« (ebd.: 165) Das Bemühen um eine realistische Einschätzung von Effekten von Mobilisierungen und linker Politik verschiedener progressiver Akteure, von Chancen und Perspektiven, gehört zu den Herausforderungen, denen sich Dieter Boris in seiner Forschung stets gestellt hat.

Auf dem Feld der Arbeiterbewegung (Boris 1990) und der sozialen Bewegungen in Lateinamerika (Boris 1998) hat er vielschichtige Analysen vorgelegt, die diesem Anspruch nachkommen. Statt sich einfach eine »Lieblingsbewegung« herauszusuchen, die der eigenen Weltanschauung entspricht, hat er immer wieder auch gegen dominante Diskurse innerhalb verschiedener Generationen der Linken angeschrieben, sich – bildlich – »zwischen die Stühle gesetzt«. So weicht seine Interpretation des Zapatismus erheblich von den meisten anderen Analysen ab (z.B. in Boris/Sterr 2002). Er ist dabei nicht den Zyklen der medialen Aufmerksamkeit gefolgt, sondern hat empirisch fundierte Studien zu Themen wie der Arbeiterbewegung in Lateinamerika vorgelegt (Boris 1990), als diese ziemlich aus der Mode gekommen war. Besondere Aufmerksamkeit widmet er meist der Analyse von Sozialstrukturen (Boris et al. 2008; Boris 2007b; Boris 1991). Die Stärke seiner Herangehensweise liegt dabei in der Analyse von ökonomischen und sozialstrukturellen Umbrüchen, die den Kontext von politischen Veränderungen bilden und die Handlungsspielräume von emanzipativer Politik abstecken. Deshalb sind seine Länderanalysen (mit Vorliebe Mexiko: Boris 1996; Boris/Sterr 2002 und Argentinien: Boris/Hiedl 1978; Boris 2002; Boris et al. 2006) keine journalistischen Schnellschüsse, sondern historisch, ökonomisch und sozialstrukturell fundierte Versuche, die Veränderungen der letzten Jahre zu erklären. Diese Grundlage findet sich auch in Arbeiten zum Verfall neoliberaler Hegemonie in Lateinamerika (Boris et al. 2005) oder zu den neuen Mitte-Links-Regierungen (Boris 2007a). Dieter Boris betrachtet historisch-konkrete Veränderungen auf nationaler Ebene, ohne jedoch den Blick auf die regionalen Ausformungen des weltweiten Kapitalismus, dessen Krisenmomente und soziale Ungleichheiten zu verlieren. So untersuchte er sowohl die Schuldenkrise und deren drastische Auswirkungen in Lateinamerika (Boris 1987) als auch die Finanz- und Währungskrisen, die seit Ende der 1990er Jahre viele periphere Staaten in heftige Turbulenzen geworfen haben (Boris et al. 2000). Zu weiteren historisch angelegten ökonomischen Analysen, die langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundstrukturen aufzeigen, zählt das Standardwerk zur politischen Ökonomie Lateinamerikas und die Einbindung des Subkontinents in die Weltwirtschaft (Boris 2001). Auch die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in Europa und die Erklärung ihres Drangs zur Welteroberung wurden von ihm untersucht (Boris 1992). Seine theoretische Auseinandersetzung mit Immanuel Wallerstein und der Dependenztheorie mündete in der aktuellen Beschäftigung mit historischer Soziologie und Globalgeschichte (Boris 2005).

Die Beiträge

Viele der Arbeitsfelder von Dieter Boris spiegeln sich in den Beiträgen dieser Festschrift wider. So hat Dieter Boris' Herangehensweise viele FreundInnen, KollegInnen, SchülerInnen und WeggefährtInnen geprägt, an die wir mit der Bitte herangetreten sind, einen Text für diese Festschrift zu verfassen.

Die Lektüre aller Beiträge lohnt sich, auch wenn manche Einschätzungen nicht mit denen der HerausgeberInnen übereinstimmen. Die Artikel untersuchen das Verhältnis von sozialen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften und versuchen ihre Stärke(n) und Schwäche(n) zu erklären.

Rainer Falk analysiert, wie sich die Abkehr vom Washington Consensus mittlerweile selbst unter renommierten Ökonomen, in einschlägigen Studien und sogar in den Reformansätzen von Weltbank, IWF und WTO niederschlägt.

Der Hauptteil des Buches widmet sich mit Lateinamerika einem zentralen Arbeitsschwerpunkt von Dieter Boris: *Therese Gerstenlauer*, *Alke Jenss*, *Kristy Schank* und *Johannes Schulten* erörtern, wie sich die Veränderungen der Sozialstruktur in den letzten 30 Jahren auf politische Artikulationsformen in Lateinamerika ausgewirkt haben. *Clarita Müller-Plantenberg* widmet sich den Vernetzungsprozessen von AkteurInnen auf dem Feld der solidarischen Ökonomie. *Matthias Ebenau* und *Stefan Schmalz* untersuchen die Prozesse, die zum (vorläufigen) Ende des Projekts einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA geführt haben. *Ingo Malcher* fragt, warum der Peronismus trotz – oder gerade wegen – seiner Vielschichtigkeit in Argentinien für die Linke ein Bezugspunkt war und ist. *Albert Sterr* analysiert die tiefgreifenden Umbrüche in Mexiko seit dem Jahr 2006. Im Mittelpunkt stehen die Ziele und Perspektiven der jüngeren sozialen Bewegungen in Mexiko. *Bea Müller* arbeitet heraus, inwiefern die in Venezuela angestoßenen Veränderungen seit der Präsidentschaft Chávez zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen, und wie sich die verschiedenen Frauenbewegungen zur Regierung positionieren. *Urs Müller-Plantenberg* beschreibt Konjunkturen der Stärke und Schwäche von sozialen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften in Chile in Zeiten der Militärdiktatur, der Transition und heute. *Juliana Ströbele-Gregor* widmet sich sowohl den indigenen Bewegungen in Bolivien als auch der Opposition gegen die Regierung Morales in den reichen Tieflandprovinzen. *Stefan Peters* erklärt die allgemeine Enttäuschung der sozialen Bewegungen in Uruguay über die Mitte-Links-Regierung Tabaré Vázquez.

In einem zweiten Themenblock werden die Aktivitäten der sozialen Bewegungen in anderen Weltregionen untersucht: *Joachim Becker* wagt einen Vergleich zwischen den politischen Konstellationen in Brasilien und Südafrika in historischer Perspektive. Die Entstehung der regierenden Linksparteien in

beiden Ländern ist auf engste mit sozialen Bewegungen und neuen Gewerkschaften verbunden. *Hans-Jürgen Bieling* und *Christina Deckwirth* lenken die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Europäisierung sozialer Bewegungen in der EU. Deren länderübergreifende Vernetzung und »nachholende Integration« erfolgt als – längst überfällige – Antwort auf die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der EU. *Gert Meyer* erklärt die Schwäche linker Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften in Russland, indem er die ökonomischen und sozialstrukturellen Folgen des Transformationsprozesses in Russland beschreibt, der mit einer beiseitigen sozialen Polarisierung und Verarmung einherging. *Werner Ruf* analysiert das Aufkommen des politischen Islamismus als ein Produkt der Moderne und als Antwort auf den westlichen Imperialismus und das Paradigma des »Kampfs der Kulturen«.

Abschließend kommen Marburger Weggefährten zu Wort: *Frank Deppe* richtet seinen Blick zurück auf »den Epochenbruch« des Jahres 1968 und seine Ausformungen und Folgen für die verschiedenen Strömungen der Linken. *Rainer Rilling* widmet sich der Weltordnungspolitik der USA und arbeitet Charakteristika imperialer Konjunkturen heraus. Schließlich untersucht *Georg Fülberth* die Funktion und den Stellenwert der Eigentumsfrage sowie die historischen Wandlungen des Privateigentums.

Dankbar sind wir der Rosa Luxemburg-Stiftung für ihre finanzielle Unterstützung und Anita Jesberg-Boris, die uns in verschiedenen Etappen der Planung der Festschrift hilfreich zur Seite stand. Mit Trauer erfüllt uns der plötzliche Tod von Renate Rausch, die als Autorin des Buches eingeplant war, aber vor der Fertigstellung des Artikels verstarb.

Literatur

- Abendroth-Gruppe (2006): Interviews zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth, unveröffentlichtes Dokument, Marburg.
- Boris, Dieter/Hiedl, Peter (1978): Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart. Köln.
- Boris, Dieter (1987) (Hrsg.): Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Köln.
- Boris, Dieter (1990): Arbeiterbewegung in Lateinamerika, Marburg.
- Boris, Dieter (1991) (Hrsg.): Sozialstrukturveränderungen und Krise im Lateinamerika der 80er Jahre, Marburg.
- Boris, Dieter (1992): Ursprünge der europäischen Welteroberung, Heilbronn.
- Boris, Dieter (1996): Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie, Darmstadt.
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg.

- Boris, Dieter (2001): Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft, Hamburg.
- Boris, Dieter (2002): Die argentinische Tragödie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2002.
- Boris, Dieter (2005): Immanuel Wallerstein, in: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Aktuelle Theorien der Soziologie. Von Shmuel N. Eisenstadt bis zur Postmoderne, München, S. 168-195.
- Boris, Dieter (2007a): Linkstendenzen in Lateinamerika, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 31: 7-8.
- Boris, Dieter (2007b): Soziale Bewegungen als Form des Unterschichtenprotests. Das Beispiel Lateinamerika. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 20:1, S. 81-87.
- Boris, Dieter/Berriel Díaz, Alvaro/Eicker-Wolf, Kai/Käpernick, Ralf/Limbers, Jan (2000) (Hrsg.): Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Marburg.
- Boris, Dieter/Gerstenlauer, Therese/Jenss, Alke/Schank, Kristy/Schulten, Johannes (2008): Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick, Wiesbaden, i.E.
- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005) (Hrsg.): Verfall neoliberaler Hegemonie in Lateinamerika?, Hamburg.
- Boris, Dieter/Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?, Köln.
- Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen, Alternativen, Hamburg.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg.
- Brand, Ulrich/Heigl, Miriam (2006): Strategien und Dilemmata globalisierungskritischer Bewegungen am Beispiel des Weltsozialforums – oder: Was hat Nicos Poulantzas in Caracas zu tun?, in: Bemerburg, Ivonne/Niederbacher, Arne (Hrsg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er), Wiesbaden, S. 165-181.
- Marchart, Oliver/Weinzierl, Rupert (2006) (Hrsg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme, Münster.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg.

Stefan Schmalz/Anne Tittor (Hrsg.)
Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez



Stefan Schmalz/Anne Tittor (Hrsg.)

**Jenseits von Subcomandante
Marcos und Hugo Chávez**

Soziale Bewegungen zwischen
Autonomie und Staat

Festschrift für Dieter Boris

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-318-2

Inhalt

Stefan Schmalz/Anne Tittor	
Einleitung	7
Rainer Falk	
Das Pendel schwingt zurück	15
Erkundungen an den Grenzen des Washington Consensus	
Lateinamerika	
Therese Gerstenlauer/Alke Jenss/ Kristy Schank/Johannes Schulten	
Neoliberalismus, Sozialstrukturveränderungen und politische Artikulation	31
Clarita Müller-Plantenberg	
Solidarische Ökonomie	45
Matthias Ebenau/Stefan Schmalz	
Der Widerstand der sozialen Bewegungen gegen Freihandelsabkommen in Lateinamerika	62
Ingo Malcher	
Annäherungen an den Linkspersonismus	76
Albert Sterr	
Modellwechsel mit Hindernissen	89
Autoritärer Neoliberalismus und Aufschwung alternativer Bewegungen in Mexiko	
Bea Müller	
Die »bolivarische Revolution«	102
Frauenbewegungen und feministische Politik	
Urs Müller-Plantenberg	
Schlaglichter auf das Verhältnis zwischen Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Chile	117

Juliana Ströbele-Gregor Kanon mit Gegenstimme – Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien	129
Stefan Peters Enttäuschte Hoffnung	142
Von Euphorie zur Lethargie bei Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Parteibasis der Frente Amplio in Uruguay	
Andere Weltregionen	
Joachim Becker Zwiespältige Verhältnisse	155
Progressive Regierungen und soziale Bewegungen in Südafrika und Brasilien	
Hans-Jürgen Bieling/Christina Deckwirth Von Seattle über Porto Alegre nach Brüssel	179
Die Europäisierung sozialer Bewegungen	
Gert Meyer Arm und Reich in Russland	192
Werner Ruf Der politische Islam – eine Widerstandsbewegung?	205
Marburger Weggefährten	
Frank Deppe Sieger oder Verlierer?	218
Anmerkungen zur Debatte um die »68er«	
Rainer Rilling We don't do empire	232
Georg Fülberth Die Permanenz der Eigentumsfrage	244
Die Autorinnen und Autoren	253

Stefan Schmalz/Anne Tittor

Einleitung

»Das Lager von Porto Alegre«, die »Neue Aurora«, die »zweite Supermacht«, der »postmoderne Fürst«, in Frankreich häufig als »les altermondialistes«, in den USA als »Global Justice Movement« und in Italien als die »Bewegung der Bewegung« bezeichnet – selten wurden einer sozialen Bewegung so viel Aufmerksamkeit und so viele Namensgebungen zuteil wie der globalisierungskritischen. In ihr wurde erneut das »Neue« in den Neuen Sozialen Bewegungen entdeckt: Sie zeichne sich durch eine netzwerkartige »rhizomatische« Organisationsstruktur aus; sie stelle die erste wahrhaft globale Bewegung dar; sie nutze die digitale Kommunikations- und Informationstechnologie; sie zielen nicht auf die Machtübernahme, sondern lehne mehrheitlich die Beteiligung an staatlicher Politik explizit ab – so die oftmals geäußerten Hypothesen zu ihrem Wirken und ihrer Zielsetzung.

Die heterogene Ansammlung sozialer Gruppen und politischer Projekte gewann rasch an Kraft – ob auf globaler Ebene im Weltsozialforumsprozess oder auf der nationalen Ebene in der direkten Auseinandersetzung mit neoliberalen Regierungen. Die Mobilisierungsfähigkeit gegen die großen Gipfel von WTO, G8, IWF oder WEF war erstaunlich. Nachdem die Bewegung beim Protest gegen die WTO in Seattle 1999 erstmals öffentliche Aufmerksamkeit fand, brachen die eindrucksvollen Proteste nicht mehr ab: Prag 2000, Genua 2001, Evian 2003, Hongkong 2005, Heiligendamm 2007.

Kaum war es zum Allgemeinplatz geworden, dass die Bewegung ein fester Bestandteil der internationalen Politik geworden ist, wurde auch schon deren Krise festgestellt. Vermehrt wird von einem Strategie- und Motivationsloch oder zumindest einem »Durchatmen« (Brand 2005: 5) gesprochen. Auch die mediale Aufmerksamkeit ließ nach (Marchart/Weinzierl 2006: 7ff.). Dabei schoben sich vor allem zwei Probleme in den Vordergrund: Zunächst kehrten eher traditionelle Politikfelder wie die Sozialpolitik zurück auf die Tagesordnung, die primär auf der nationalen Ebene verhandelt werden. Sie stellen viele globalisierungskritische Akteure vor neue strategische Herausforderungen. Außerdem warf die Stärkung der parlamentarischen Linken die Frage nach dem Verhältnis von Regierung und sozialen Bewegungen neu auf.

Die veränderte Situation ist in Lateinamerika besonders deutlich. Hier amtieren mittlerweile in zehn Ländern Mitte-Links-Regierungen, die sich zumindest auf rhetorischer Ebene gegen den Neoliberalismus wenden. Viele der Parteien, die sich an der Regierung beteiligen, verstehen sich als bewegungsnah und

haben ihre Wurzeln in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Es kommt zu widersprüchlichen Ergebnissen: Gesellschaftliche Veränderungen, die hinter ihre Ziele zurückfallen, realpolitische Verstrickungen, interne Spaltungen und nicht zuletzt auch Korruptionsaffären und Misserfolge werden zur Normalität. Selbst wenn das instrumentelle Verhältnis, das Parteien und Gewerkschaften lange zu sozialen Bewegungen hatten, vielerorts überwunden scheint und neue Formen der Kooperation erprobt werden, verlieren diese oft nach Zeiten hoher Mobilisierung an Dynamik und suchen Wege aus dem Dilemma, sich einbinden zu lassen oder in die Marginalisierung zu fallen. Die Frage nach Institutionalisierung, Repräsentanz und ihrem Preis ist allgegenwärtig.

Marcos und Chávez als Symbolfiguren

Dabei stehen Subcomandante Marcos als Sprachrohr der zapatistischen Aufständischen und Venezuelas Staatschef Hugo Chávez für zwei Pole der strategischen Orientierung linker Politik, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Auf der einen Seite herrscht eine umfassende Staats- und Machtkritik vor, die mit der Ablehnung von Regierungsverantwortung selbst um den Preis geringer realpolitischer Einflussmöglichkeiten einhergeht; auf der anderen Seite existiert der Versuch, einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« aus der Regierungsposition aufzubauen, der sich auf den Erdölreichtum des Landes gründet. Die Kommuniqués der EZLN (dt. Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) aus dem lakandonischen Urwald erzeugen mit einer Sprache voller Metaphern Konjunkturen weltweiter Öffentlichkeit, denen Phasen des Schweigens folgen. Der Diskurs von einer Welt, in der viele Welten Platz haben, sowie der »verbale Anti-Avantgardismus« (Boris/Sterr 2002: 160), der sich in dem Postulat »preguntando caminamos« – »fragend schreiten wir voran« ausdrückt, sorgen für Solidarität in intellektuellen Kreisen weltweit, werden aber mitunter auch als strategische Unbestimmtheit interpretiert. Volkstribun Chávez hingegen genießt große öffentliche Aufmerksamkeit, weiß auf alles eine Antwort, kontert verbale Angriffe mit bisweilen harten Phrasen, polarisiert die öffentliche Meinung in Venezuela und auf internationaler Ebene, findet aber unter Intellektuellen und in den Privatmedien wenig Zuspruch.

Beide Strömungen der Linken wehren sich gegen den jahrhundertelangen Ausschluss großer Bevölkerungsteile aus dem gesellschaftlichen Leben und mobilisieren gegen den Neoliberalismus. Die ZapatistInnen lehnen dabei jedoch eine Zusammenarbeit mit politischen Parteien oder anderen linken Kräften ab, die die Beteiligung oder Eroberung der Staatsmacht anstreben. In Venezuela hingegen haben die ChavistInnen ihren eigenen Gewerkschaftsdachverband

aufgebaut und versuchen in den Stadtteilbewegungen bisweilen, andere Kräfte an den Rand zu drängen. So stieß auch die Initiative, im Jahr 2007 die PSUV (Partido Socialista Unificado de Venezuela) als linke Sammelpartei zu bilden, nicht nur auf Zuspruch seitens der anderen linken Parteien. Während sich soziale Bewegungen in Venezuela gegen die Vereinnahmungsversuche der Regierung zur Wehr setzen müssen, um ihre Autonomie zu bewahren, betont die EZLN in der Otra Campaña (Anderen Kampagne), dass sie den Menschen in Mexiko kein allgemeines Konzept liefern kann, um ihre Probleme zu lösen, außer ihnen davon abzuraten, auf Politiker gleich welcher Couleur zu vertrauen.

Sowohl in Venezuela als auch in Mexiko setzt man auf Selbstorganisation, versteht indes sehr verschiedene Dinge darunter. Die ZapatistInnen haben in den letzten Jahren in einem kleinen, abgrenzbaren Territorium im Südosten Mexikos eigene Verwaltungsstrukturen geschaffen, die unabhängig vom Staat sind. Die Konzentration auf den Aufbau ihrer »Guten Regierung«, die Einrichtung unbezahlter Ämter von Gesundheitsbeauftragten über RichterInnen bis hin zu Verwaltungstätigkeiten, die jederzeit abwählbar sind, führte aber zugleich zu einem Rückzug in den bewaffneten Kommunitarismus. Während die »gehorchend regierende« Verwaltungsstruktur der ZapatistInnen in ihren Gebieten als verlässliche Institution funktioniert, treibt die Regierung Chávez den Aufbau einer Doppelmacht voran, in der mit den »Consejos Comunales« (Kommunale Räte) eine parallele Rätestruktur zu den traditionellen staatlichen Institutionen geschaffen wird. Diese neuen Formen der »Selbstorganisation von oben« werden jedoch auch durch staatliche Gelder finanziert und von chavistischen Organisationen dominiert.

Die Möglichkeiten für eine effektive Sozialpolitik gehen indessen weit auseinander: Die Regierung Chávez hat mit der ALBA (dt. Bolivarianische Alternative für Amerika) ein regionales Bündnis gebildet, in dem u.a. venezolanisches Erdöl gegen medizinische Basisdienstleistungen aus Kuba getauscht wird. Die Bevölkerung – insbesondere die Anhängerschaft von Chávez – profitiert von einer Vielzahl von Sozialprogrammen zur Armutsbekämpfung (misiones), die aus der Erdölrente finanziert werden. Die Basis der ZapatistInnen hingegen – arme, militärisch bedrohte, teilweise zerstörte Gemeinden in oft unwirtlichem Gelände – muss aus eigener Kraft materielle Verbesserungen erzielen, da sie die Annahme von Sozialprogrammen aus Regierungsgeldern als Klientelismus kategorisch zurückweist.

Kurzum, Chávez und Marcos sind Symbolfiguren von zwei gegensätzlichen Politikkonzepten, die beide den Anspruch auf soziale Emanzipation besitzen. Sie zeigen das Spannungsfeld von Autonomie und Etatismus auf, in dem sich linke Politik bewegt.

Theoretisierungsversuche: Zwischen Poulantzas und Abendroth

Doch wie kann dieses Spannungsfeld theoretisiert und empirisch gefasst werden? In der kritisch orientierten Theoriedebatte wird oftmals auf die Werke von Nicos Poulantzas zurückgegriffen, um diesen Brückenschlag zu leisten. Der Staat wird hier weder als neutrales Terrain noch als reines Instrument zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klassen verstanden, sondern vielmehr »als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen« konzeptioniert (Poulantzas 2002: 159). Soziale Bewegungen stehen vor dem Problem, inwieweit sie die staatlichen Formen von politischen Auseinandersetzungen aufgreifen (Brand/Heigl 2006: 175ff.). Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Linksparteien, die einerseits eine privilegierte Rolle im Zugang zu staatlichen Apparaten besitzen und eine Infrastruktur für emanzipative Bewegungen ermöglichen können, andererseits Teil des Staatsapparats sind und die bürgerliche Herrschaft erneuern und legitimieren. Der damit einhergehende »Sog des Etatismus« (ebd.: 173) lässt sich in Lateinamerika beobachten, wo sich soziale Bewegungen seit der Wahl verschiedener Mitte-Links-Regierungen den Herausforderungen des gleichzeitigen Sich-Abgrenzens und Kooperierens stellen müssen. Das zapatistische Konzept verkörpert dabei den Versuch, die gesellschaftlichen Kräfte außerhalb der staatlichen Institutionen zu verändern, während der Chavismus diese gerade als zentrales Medium verwendet.

Bei dem Ansatz, den Dieter Boris für seine Studien zu sozialen Bewegungen nutzt, steht nicht das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Freilich geht es darum, die gesamtgesellschaftliche Wirkung von politischen Interventionen einzuschätzen, Probleme und Ambivalenzen zu benennen, Widersprüche nicht zu verwischen. Doch Dieter Boris verortet sich in einem empirisch-orientierten Marxismus, der sich im Anschluss an Wolfgang Abendroth durch eine historische Herangehensweise auszeichnet. So beschreibt er seinen Bezug auf Abendroth wie folgt: »Ja, das war bei ihm das A und O. Ohne historische Herangehensweise musste man das Problem verkennen oder in eine falsche Richtung gehen. Das war ganz klar und das haben wir wirklich internalisiert. Gelernt haben wir auch die dialektische Herangehensweise an Probleme, d.h. das Sich-Verändern von Phänomenen und Gegenständen im Verlauf ihrer historischen Entwicklung, dass sich etwas ins Gegenteil verkehrt durch die Art der widersprüchlichen historischen Entwicklung.« (Abendroth-Gruppe 2006: 159) Dabei geht es nicht darum, eine »besondere marxistische Theorierichtung zu entfalten«, sondern um »einen akzeptablen, plausibeln marxistischen Ansatz, der extreme Polaritäten vermeidet, wie etwa zu objektivistisch, subjektivistisch, aktivistisch oder evolutionistisch zu sein oder sonst welche Spielart des Marxismus überbetont, sondern eine realitätsgerechte Analyse von einem bestimmten Pro-

blem hinbekommt.« (ebd.: 165) Das Bemühen um eine realistische Einschätzung von Effekten von Mobilisierungen und linker Politik verschiedener progressiver Akteure, von Chancen und Perspektiven, gehört zu den Herausforderungen, denen sich Dieter Boris in seiner Forschung stets gestellt hat.

Auf dem Feld der Arbeiterbewegung (Boris 1990) und der sozialen Bewegungen in Lateinamerika (Boris 1998) hat er vielschichtige Analysen vorgelegt, die diesem Anspruch nachkommen. Statt sich einfach eine »Lieblingsbewegung« herauszusuchen, die der eigenen Weltanschauung entspricht, hat er immer wieder auch gegen dominante Diskurse innerhalb verschiedener Generationen der Linken angeschrieben, sich – bildlich – »zwischen die Stühle gesetzt«. So weicht seine Interpretation des Zapatismus erheblich von den meisten anderen Analysen ab (z.B. in Boris/Sterr 2002). Er ist dabei nicht den Zyklen der medialen Aufmerksamkeit gefolgt, sondern hat empirisch fundierte Studien zu Themen wie der Arbeiterbewegung in Lateinamerika vorgelegt (Boris 1990), als diese ziemlich aus der Mode gekommen war. Besondere Aufmerksamkeit widmet er meist der Analyse von Sozialstrukturen (Boris et al. 2008; Boris 2007b; Boris 1991). Die Stärke seiner Herangehensweise liegt dabei in der Analyse von ökonomischen und sozialstrukturellen Umbrüchen, die den Kontext von politischen Veränderungen bilden und die Handlungsspielräume von emanzipativer Politik abstecken. Deshalb sind seine Länderanalysen (mit Vorliebe Mexiko: Boris 1996; Boris/Sterr 2002 und Argentinien: Boris/Hiedl 1978; Boris 2002; Boris et al. 2006) keine journalistischen Schnellschüsse, sondern historisch, ökonomisch und sozialstrukturell fundierte Versuche, die Veränderungen der letzten Jahre zu erklären. Diese Grundlage findet sich auch in Arbeiten zum Verfall neoliberaler Hegemonie in Lateinamerika (Boris et al. 2005) oder zu den neuen Mitte-Links-Regierungen (Boris 2007a). Dieter Boris betrachtet historisch-konkrete Veränderungen auf nationaler Ebene, ohne jedoch den Blick auf die regionalen Ausformungen des weltweiten Kapitalismus, dessen Krisenmomente und soziale Ungleichheiten zu verlieren. So untersuchte er sowohl die Schuldenkrise und deren drastische Auswirkungen in Lateinamerika (Boris 1987) als auch die Finanz- und Währungskrisen, die seit Ende der 1990er Jahre viele periphere Staaten in heftige Turbulenzen geworfen haben (Boris et al. 2000). Zu weiteren historisch angelegten ökonomischen Analysen, die langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundstrukturen aufzeigen, zählt das Standardwerk zur politischen Ökonomie Lateinamerikas und die Einbindung des Subkontinents in die Weltwirtschaft (Boris 2001). Auch die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in Europa und die Erklärung ihres Drangs zur Welteroberung wurden von ihm untersucht (Boris 1992). Seine theoretische Auseinandersetzung mit Immanuel Wallerstein und der Dependenztheorie mündete in der aktuellen Beschäftigung mit historischer Soziologie und Globalgeschichte (Boris 2005).

Die Beiträge

Viele der Arbeitsfelder von Dieter Boris spiegeln sich in den Beiträgen dieser Festschrift wider. So hat Dieter Boris' Herangehensweise viele FreundInnen, KollegInnen, SchülerInnen und WeggefährtInnen geprägt, an die wir mit der Bitte herangetreten sind, einen Text für diese Festschrift zu verfassen.

Die Lektüre aller Beiträge lohnt sich, auch wenn manche Einschätzungen nicht mit denen der HerausgeberInnen übereinstimmen. Die Artikel untersuchen das Verhältnis von sozialen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften und versuchen ihre Stärke(n) und Schwäche(n) zu erklären.

Rainer Falk analysiert, wie sich die Abkehr vom Washington Consensus mittlerweile selbst unter renommierten Ökonomen, in einschlägigen Studien und sogar in den Reformansätzen von Weltbank, IWF und WTO niederschlägt.

Der Hauptteil des Buches widmet sich mit Lateinamerika einem zentralen Arbeitsschwerpunkt von Dieter Boris: *Therese Gerstenlauer*, *Alke Jenss*, *Kristy Schank* und *Johannes Schulten* erörtern, wie sich die Veränderungen der Sozialstruktur in den letzten 30 Jahren auf politische Artikulationsformen in Lateinamerika ausgewirkt haben. *Clarita Müller-Plantenberg* widmet sich den Vernetzungsprozessen von AkteurInnen auf dem Feld der solidarischen Ökonomie. *Matthias Ebenau* und *Stefan Schmalz* untersuchen die Prozesse, die zum (vorläufigen) Ende des Projekts einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA geführt haben. *Ingo Malcher* fragt, warum der Peronismus trotz – oder gerade wegen – seiner Vielschichtigkeit in Argentinien für die Linke ein Bezugspunkt war und ist. *Albert Sterr* analysiert die tiefgreifenden Umbrüche in Mexiko seit dem Jahr 2006. Im Mittelpunkt stehen die Ziele und Perspektiven der jüngeren sozialen Bewegungen in Mexiko. *Bea Müller* arbeitet heraus, inwiefern die in Venezuela angestoßenen Veränderungen seit der Präsidentschaft Chávez zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen, und wie sich die verschiedenen Frauenbewegungen zur Regierung positionieren. *Urs Müller-Plantenberg* beschreibt Konjunkturen der Stärke und Schwäche von sozialen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften in Chile in Zeiten der Militärdiktatur, der Transition und heute. *Juliana Ströbele-Gregor* widmet sich sowohl den indigenen Bewegungen in Bolivien als auch der Opposition gegen die Regierung Morales in den reichen Tieflandprovinzen. *Stefan Peters* erklärt die allgemeine Enttäuschung der sozialen Bewegungen in Uruguay über die Mitte-Links-Regierung Tabaré Vázquez.

In einem zweiten Themenblock werden die Aktivitäten der sozialen Bewegungen in anderen Weltregionen untersucht: *Joachim Becker* wagt einen Vergleich zwischen den politischen Konstellationen in Brasilien und Südafrika in historischer Perspektive. Die Entstehung der regierenden Linksparteien in

beiden Ländern ist auf engste mit sozialen Bewegungen und neuen Gewerkschaften verbunden. *Hans-Jürgen Bieling* und *Christina Deckwirth* lenken die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Europäisierung sozialer Bewegungen in der EU. Deren länderübergreifende Vernetzung und »nachholende Integration« erfolgt als – längst überfällige – Antwort auf die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der EU. *Gert Meyer* erklärt die Schwäche linker Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften in Russland, indem er die ökonomischen und sozialstrukturellen Folgen des Transformationsprozesses in Russland beschreibt, der mit einer beispielelosen sozialen Polarisierung und Verarmung einherging. *Werner Ruf* analysiert das Aufkommen des politischen Islamismus als ein Produkt der Moderne und als Antwort auf den westlichen Imperialismus und das Paradigma des »Kampfs der Kulturen«.

Abschließend kommen Marburger Weggefährten zu Wort: *Frank Deppe* richtet seinen Blick zurück auf »den Epochenbruch« des Jahres 1968 und seine Ausformungen und Folgen für die verschiedenen Strömungen der Linken. *Rainer Rilling* widmet sich der Weltordnungspolitik der USA und arbeitet Charakteristika imperialer Konjunkturen heraus. Schließlich untersucht *Georg Fülberth* die Funktion und den Stellenwert der Eigentumsfrage sowie die historischen Wandlungen des Privateigentums.

Dankbar sind wir der Rosa Luxemburg-Stiftung für ihre finanzielle Unterstützung und Anita Jesberg-Boris, die uns in verschiedenen Etappen der Planung der Festschrift hilfreich zur Seite stand. Mit Trauer erfüllt uns der plötzliche Tod von Renate Rausch, die als Autorin des Buches eingeplant war, aber vor der Fertigstellung des Artikels verstarb.

Literatur

- Abendroth-Gruppe (2006): Interviews zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth, unveröffentlichtes Dokument, Marburg.
- Boris, Dieter/Hiedl, Peter (1978): Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart. Köln.
- Boris, Dieter (1987) (Hrsg.): Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Köln.
- Boris, Dieter (1990): Arbeiterbewegung in Lateinamerika, Marburg.
- Boris, Dieter (1991) (Hrsg.): Sozialstrukturveränderungen und Krise im Lateinamerika der 80er Jahre, Marburg.
- Boris, Dieter (1992): Ursprünge der europäischen Welteroberung, Heilbronn.
- Boris, Dieter (1996): Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie, Darmstadt.
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg.

- Boris, Dieter (2001): Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft, Hamburg.
- Boris, Dieter (2002): Die argentinische Tragödie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2002.
- Boris, Dieter (2005): Immanuel Wallerstein, in: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Aktuelle Theorien der Soziologie. Von Shmuel N. Eisenstadt bis zur Postmoderne, München, S. 168-195.
- Boris, Dieter (2007a): Linkstendenzen in Lateinamerika, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 31: 7-8.
- Boris, Dieter (2007b): Soziale Bewegungen als Form des Unterschichtenprotests. Das Beispiel Lateinamerika. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 20:1, S. 81-87.
- Boris, Dieter/Berriel Díaz, Alvaro/Eicker-Wolf, Kai/Käpernick, Ralf/Limbers, Jan (2000) (Hrsg.): Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Marburg.
- Boris, Dieter/Gerstenlauer, Therese/Jenss, Alke/Schank, Kristy/Schulten, Johannes (2008): Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick, Wiesbaden, i.E.
- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005) (Hrsg.): Verfall neoliberaler Hegemonie in Lateinamerika?, Hamburg.
- Boris, Dieter/Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?, Köln.
- Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen, Alternativen, Hamburg.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg.
- Brand, Ulrich/Heigl, Miriam (2006): Strategien und Dilemmata globalisierungskritischer Bewegungen am Beispiel des Weltsozialforums – oder: Was hat Nicos Poulantzas in Caracas zu tun?, in: Bemerburg, Ivonne/Niederbacher, Arne (Hrsg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er), Wiesbaden, S. 165-181.
- Marchart, Oliver/Weinzierl, Rupert (2006) (Hrsg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme, Münster.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg.

Georg Fülberth

Die Permanenz der Eigentumsfrage¹

Im Allgemeinen ...

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Marx/Engels 1969: 482)

An diesem berühmten Satz aus dem Manifest der Kommunistischen Partei gibt es einiges zu interpretieren.

Erstens fällt die männliche Fassung auf: »die freie Entwicklung eines jeden« erlaubt nach damaligem Sprachgebrauch nur die Ergänzung: »die freie Entwicklung eines jeden *Mannes*«. Das lässt sich reparieren, indem wir schreiben: »die freie Entwicklung eines jeden *Menschen*«.

Zweitens hat Stephan Hermlin auf einem Schriftstellerkongress der DDR durch das Bekenntnis überrascht, dass er bis dahin diese Stelle falsch gelesen habe, nämlich: »worin die freie Entwicklung *aller* die Bedingung für die freie Entwicklung *eines jeden* ist.« (Hermlin 1979: 20-23)

Tatsächlich aber scheint bei Marx und Engels das Individuum vor dem Kollektiv zu rangieren. Dies sollte allerdings in einer »Assoziation« geschehen. Peter Hacks, der Hermlin nicht leiden konnte, hat eine Übersetzung dieses Fremdworts angeboten: »Das mystische Marxwort von der ›Assoziation‹ wird minder neblig, wenn man das deutsche Wort hinzusetzt, das Marx damals einfach meinte: ›Genossenschaft‹.« (Hacks/Holz 2007: 71) Damit wäre eine ausschließlich individualistische Interpretation ausgeschlossen.

Hinzu kommt, dass Marx und Engels sich auch zur Eigentumsfrage äußerten: »Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht. In diesem Sinn

¹ Dieter Boris hat nicht nur Studierende unterwiesen. Im Sommer 1980 übergab er mir sein Vorlesungstyposkript zur Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, damit ich in einem Grundkurs hierzu überhaupt etwas anzubieten hatte. So kam ich zu diesem Thema. Mein Büchlein »G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus« – ein Vierteljahrhundert später – wäre ohne seinen Anstoß nie entstanden. Möge er bitte anhand der hier vorliegenden Zeilen nachsichtig prüfen, ob ich wirklich etwas gelernt habe.

können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.« (Marx/Engels 1969: 475) Dies ist die Trennungslinie gegen die Liberalen, die ansonsten gegen eine freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller nichts einzuwenden haben.

Allerdings ist hier noch nichts darüber gesagt, wodurch denn das aufgehobene Privateigentum ersetzt werden kann. Marx und Engels haben das Problem selbst benannt: »Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.« (Ebd.) Die Gleichung Assoziation = Genossenschaft gibt eine Richtung an, ist aber nicht konkret. Dies konnte aufgrund der anti-utopischen Denkweise von Marx und Engels auch gar nicht anders sein: Zukunft war nicht vorwegzunehmen.

Offenbar aber wurde damals – 1848 – an eine Phase gedacht, in der die Eigentumsfrage mit der Staatsfrage verbunden sein würde: »Wir sahen schon oben, dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.« (Marx/Engels 1969: 481) Die zehn »Maßregeln«, die in den fortgeschrittensten Ländern nach der Revolution in Anwendung kommen sollten, zeigen den Staat vor allem als wirtschaftlichen Akteur (Ebd.). In der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation von 1864 werden schon Vergesellschaftungsprozesse im Kapitalismus genannt: die »gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit« – noch durch den bürgerlichen Staat! – schränkt die Verfügung der Unternehmer über ihr Privateigentum an Produktionsmitteln und fremder Arbeitskraft ein, die »Kooperativbewegung« brachte bereits eine erste Form der »assoziierten Arbeit« hervor (Marx 1968/16: 11f.).

Folgende Äußerung von Marx 1871 löste die bisherige Verbindung von Staat und einer ersten Form des Nicht-Privateigentums auf: »Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.« (Marx 1968/17: 336) Die Staatsmaschine müsse sofort zerbrochen werden. Damit fällt ihre wirtschaftspolitische Funktion in der noch 1848 skizzierten Form weg und muss durch andere Formen der öffentlichen Gewalt ersetzt werden, als deren Merkmale Marx imperatives Mandat, Abberufbarkeit der Gewählten und Aufhebung der Gewaltenteilung nannte – Merkmale, die auch die Räte in Russland 1905 und 1917 aufwiesen. Welche Arten des Eigentums mit diesen neuen politischen Mitteln durchgesetzt

werden, ist anhand der Pariser Kommune nicht behandelt worden. In den nur zwei Monaten ihrer Dauer hatte diese – anders als in der Staatsfrage – hierfür kein Anschauungsmaterial geliefert.

Bekanntlich ist auf die Oktoberrevolution keine Zerschlagung oder ein Absterben des Staates gefolgt, im Gegenteil: Die Exekutive wurde immer stärker. Gemessen an den Forderungen von Marx ist also das Staatsproblem nicht gelöst worden. Gleiches gilt für die Eigentumsfrage. Nichtbürgerliche Eigentumsformen waren hier Staats- und Genossenschaftseigentum, wobei letzteres in den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe nur eine relativ untergeordnete Bedeutung hatte. Diese auf zwei Möglichkeiten beschränkte Enge (teilweise ergänzt durch Privateigentum) wurde offenbar der notwendigen Variationsbreite der Formen nicht-privaten Eigentums, der Lebensweisen und der Regelung öffentlicher Angelegenheiten, die einen »Verein freier Menschen« (Marx 1975: 92) ausmachen, nicht gerecht. In der Gorbatschow-Periode sprach man vom Staatseigentum als »herrenlosem Eigentum«. Richtig an dieser Behauptung war, dass die Masse der Gesellschaftsmitglieder keine Verfügung über die Produktions-, Zirkulations- und Dienstleistungsmittel hatte. Ideologisch ist sie insofern, als sie eine andere Tatsache verdeckt: Mittlerweile waren diese de facto schon in die Hände einer Nomenklatura geraten, die sich damit den Zugriff bei der nachfolgenden Privatisierung sicherte.

... im bürgerlichen Deutschland

In den bürgerlichen Gesellschaften ist das Privateigentum einerseits zwar in seinem Kern dogmatisiert worden, andererseits wurde es vielfältigen Modifikationen unterzogen. Für das Nachdenken über die künftige Gestaltung der Eigentumsordnung bieten diese ebenso wichtiges Material wie das vergangene staatssozialistische Experiment.

Schon Marx, ausführlicher aber Rudolf Hilferding und W.I. Lenin behandelten das Monopol als eine wichtige Variante. Hilferding hat bekanntlich in seinem opus magnum das Finanzkapital als eine neue Kategorie des Eigentums zu analysieren versucht.² Sie verband sich mit staatlicher Wirtschaftsaktivität (Verstaatlichung von Eisenbahnen, Schutzzölle, Bereitstellung von Infrastruktur). Letztere veranlasste den Nationalökonom Adolph Wagner (1835-1917) zur Formulierung des »Gesetzes der wachsenden Ausdehnung der Staatstä-

² »Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.« (Hilferding 1947: 305)

tigkeit« (Wagnersches Gesetz). Jahrzehnte später, in seinem 1944 erstmals erschienenen Buch, sah Karl Polanyi seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts den Beginn einer »Great Transformation«, in der Geld, Boden und Arbeit ihres Warencharakters entkleidet und unter gesellschaftliche Verfügung gestellt würden (Polanyi 1978). Subjekte waren neben dem Staat die Gemeinden (in Großbritannien sprach man von »Gas- und Wassersozialismus«). Geringfügiger war der Beitrag von Genossenschaften. Die Kriegswirtschaften 1914-1918 und 1939-1945 beschleunigten staatliche Regulierungen von Produktion und Verteilung, die von den Befürwortern einer uneingeschränkten Marktwirtschaft als »kalte Sozialisierung« kritisiert wurden. Als in Deutschland 1917 der Mieterschutz verstärkt wurde, sprachen hoffnungsvolle Sozialdemokraten von »Kriegssozialismus«: Vermieter konnten nicht mehr unbeschränkt über ihr Eigentum verfügen. Das »Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst« (verabschiedet im Dezember 1916) gab Vertretern der Gewerkschaften durch die Errichtung von Kriegsausschüssen, Arbeiterausschüssen in den Betrieben und von Schlichtungsausschüssen marginale Mitsprachemöglichkeiten beim Einsatz nach wie vor privat verbleibender Produktionsmittel. Antrieb waren die Erfordernisse der Kriegswirtschaft. Zugleich wurde die Exekutive gestärkt, mithin die Institution, deren Zerschlagung Marx als eine Voraussetzung für die Eigentumsordnung im »Verein freier Menschen« bezeichnet hatte. Rudolf Hilferding (1924, 1925) sah das anders: Der »Organisierte Kapitalismus« sei dem vergesellschaftenden Zugriff durch die parlamentarische Demokratie zugänglich. Faschismus und Zweiter Weltkrieg zeigten, dass die terroristische Exekutive ihrerseits über die Produktionsmittel mitverfügen und zugleich die Raub- und Profitmaximierungsmöglichkeiten des privaten Großkapitals steigern konnte. Es blieb beim »Organisierten Kapitalismus«, allerdings nicht mehr im Sinne Rudolf Hilferdings.

Artikel 14 des Grundgesetzes von 1949 zeigt die Verschränkung von Privateigentum und seiner zumindest deklamatorischen gesellschaftspolitischen Einhegung:

»(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.«

Das »Eigentum«, welches hier »gewährleistet« werden soll, ist unzweifelhaft das private. »Wohle der Allgemeinheit« ist weit interpretierbar und lässt gesellschaftspolitische Eingriffe schon diesseits der Enteignung zu. Hierher gehören die gewerkschaftliche Teilnahme durch das Bundesgesetz zur Montanmitbestimmung (1951), das Betriebsverfassungsgesetz (1952) und das Mitbestimmungsgesetz für die gesamte Großindustrie (1976).

Diese und andere Formen innerkapitalistischer Teilvergesellschaftung haben das Privateigentum scheinbar geschwächt, real aber in vierfacher Weise gestärkt:

1. Sie haben sozialistischen Enteignungen vorgebeugt.
2. Parallel zu ihnen und gefördert durch sie gewann das monopolisierte Großkapital in Deutschland an Umfang und Einfluss. Im Korporatismus von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat war es – anders als die mittelständischen und kleinen Betriebe – einer von drei Akteuren.
3. Während der Rekonstruktionsperiode (Jánossy 1966: 16; 17) des »Goldenen Zeitalters« des Kapitalismus (Marglin/Schor 1991; Hobsbawm 1999: 283ff.) hatten in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern auch Lohnabhängige kleine Vermögen (Wohneigentum, Ersparnisse) erwerben können, die ihnen die Redensart, Eigentum sei »geronnene Freiheit«, plausibel erscheinen ließ und die
4. zur agitatorischen Rechtfertigung von Privatisierungen und dem Abbau von öffentlich-rechtlichen Systemen sozialer Sicherung dienten. Kommunale und staatliche Gewährleistung von Dienstleistungen und Daseinsvorsorge schienen durch private Eigenleistung ablösbar, und sei es nur für eine einzige Generation, in der das vorher Angesammelte wieder verausgabt werden konnte. Die nunmehr privatisierten öffentlichen Einrichtungen wurden zu Objekten einer »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2005). Für Finanzdienstleister wurde die Gesundheits- und Altersvorsorge zur teilweise staatlich subventionierten Anlagensphäre (Riester-Rente). Vorangegangen war eine Diskreditierung staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Eigentums sowie öffentlicher Gewährleistung aufgrund a) ihrer eher scheinbaren als tatsächlichen Unterlaufung durch kleines Privateigentum und b) ihrer Aushöhlung durch strategisch beabsichtigte Senkung der fiskalischen Einnahmen und Ausgaben.

Auf einen weiteren Aspekt der kapitalistischen Eigentumsentwicklung hat bereits 1990 Peter Hess hingewiesen. Schon Marx habe dargelegt, dass das Privateigentum auf zweierlei Weise beseitigt werden könne: positiv durch das Staatseigentum, negativ mit Hilfe des Kredits. Die negative Form – so Hess – sei im gegenwärtigen Kapitalismus dominant. Mit den »Konzernen, Banken, Versicherungsgesellschaften, Investhäusern, Pension- und anderen privaten und

staatlichen Geldfonds« sei eine finanzkapitalistische Eigentumsform entstanden, welche eine weit effektivere Ressourcenallokation ermögliche als das Staatseigentum (Hess 1990: 22). Dies ist – so wäre zu ergänzen – unabhängig vom jeweiligen (keynesianischen oder marktradikalen) Wirtschaftsstil.

Blindstellen

In der kapitalistischen Transformation des Eigentums ebenso wie in deren marxistischer Kritik schienen zwei Eigentumsformen mittlerweile untergegangen: die Allmende und die Genossenschaften.³

Als 1525 die deutschen Bauern ihre »Gemeinheiten« (darunter freien Zugang zu Fischfang-Gewässern und Wäldern) gegen den Adel verteidigten, waren sie – anders als Friedrich Engels vermutete – nicht Träger einer dann scheiternden bürgerlichen Revolution, sondern sie traten tatsächlich – wie sie selbst formulierten – für das »gute alte Recht« ein: In der Dorfgemeinde gab es Gemeingut, das jetzt von den Adligen und den Territorialherren angegriffen wurde. Die Enclosures im England der ursprünglichen Akkumulation hoben nicht nur kleines Privateigentum auf, sondern auch bisherige kollektive Nutzungen.

Dies ist nicht nur ferne Vergangenheit. In der neuesten Phase des Kapitalismus – seit ca. 1973 – erfolgt wieder verstärkt »Inwertsetzung« (Altvater 1987) von bisherigen »freien Gütern« (das ist der in den Wirtschaftswissenschaften übliche Terminus für die Allmende, engl. commons): der Atmosphäre und der Gewässer, für deren Schädigung Verschmutzungsrechte gekauft werden, absehbar sogar des menschlichen Erbguts. Parallel dazu entsteht offenbar neue Allmende, z.B. das Internet, dies aber zugleich als Voraussetzung kapitalistischer Nutzungen und von Enteignungen einfacher Waren- und Dienstleistungsproduzenten (u.a. durch Entkräftung von Urheberrechten). Der feuilletonistische Scherz, Downloading sei eine Form des Kommunismus (Vardar 2008), sieht nur eine Seite dieses Vorgangs: die der Allmende. In ihrer ursprünglichen Form waren sogar die Sparkassen, die im juristischen Sinn keine Eigentümer haben, eine Allmende, die allerdings in der Gegenwart ausgehöhlt und beseitigt zu werden droht.

Die zweite Blindstelle im Nachdenken über nichtprivates Eigentum ergibt sich aus der im Laufe der Zeit zunehmenden Vernachlässigung der Genossenschaften in Theorie und Praxis des Marxismus. Sie waren hinter dem Staatseigentum kaum noch sichtbar (und im Sozialismus des sowjetischen Typs diesem deutlich untergeordnet). Dies gilt sogar für das jugoslawische Modell. Über den Genossenschaften stand ein diese garantierender Staat.

³ Für Hinweise danke ich Urte Sperling.

Es gab im 19. Jahrhundert ein genossenschaftliches Denken und eine genossenschaftliche Praxis, die vom Staat absahen: im Frühsozialismus Fouriers und im Anarchismus Proudhons. Daraus folgte sogar eine Praxis: in den Siedlungen fourieristischer, owenistischer und proudhonistischer Provenienz in den USA. Dass sie keinen Bestand haben konnten, ist Ergebnis einer »Verfrühung«: Die Dynamik der industriellen Revolution saugte diese Genossenschaften auf. Ähnliches könnte über die Kibbuz-Bewegung des 20. Jahrhunderts gesagt werden, deren Austrocknung in der zweiten oder dritten Generation durch die Anreize eines entwickelten kapitalistischen Arbeitsmarkts und Konsum bedingt sein dürfte (Segev 2005: 98-108). Immer wieder bis in die Gegenwart beobachten wir genossenschaftliche Experimente, die über Nischen-Positionen nicht hinauskommen werden, solange das Privateigentum den Markt beherrscht. Im Bankwesen sind Genossenschaften seit dem 19. Jahrhundert eine Form des bürgerlichen Eigentums. Eine Neubelebung genossenschaftlicher Praxis in kapitalismuskritischer Absicht erfolgt in letzter Zeit durch Projekte der »Solidarischen Ökonomie« in Lateinamerika und Europa. Es ist tatsächlich ein Kontext vorzustellen, in dem Genossenschaften nicht nur Nischenwirtschaft sind. Wenden wir uns zum Schluss diesem zu.

... und im Verein freier Menschen?

Wir sehen: Seit dem »Manifest der Kommunistischen Partei« ist das Privateigentum einerseits ständig gestärkt worden, andererseits hat es seine Form immer weiter entwickelt.

Wer sich Gedanken macht über eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, wird dies in folgenden Punkten in Rechnung zu stellen haben:

1. Es sind Überlegungen über die Form öffentlicher Gewalt nötig, in denen die solcherart beschriebene Emanzipation möglich sein wird. Marx' Forderungen zur Zerschlagung oder dem Absterben des Staates sind zu konkretisieren und in ein Verhältnis sowohl zu liberalen und libertären Auffassungen von einer Rücknahme des Staates in die Gesellschaft zu bringen. Hier kann an die Überlegungen von Hess zur bisherigen »negativen« Aufhebung des Privateigentums angeknüpft werden. Wenn diese tatsächlich effektiver ist als die »positive« durch den Staat, dann sei es unsinnig, ihre Ersetzung durch Staatseigentum zu fordern. Eine nichtkapitalistische Entwicklung müsse stattdessen durch demokratische Planung, Wegsteuern der Profite und ihr Einfließen in staatliche und gesellschaftliche Fonds sowie *»wirkliche Demokratisierung, wirkliche Mitbestimmung und Bestimmung durch die Arbeiter,*

die wissenschaftliche Intelligenz und die Angestellten« erreicht werden. (Hess 1990, a.a.O.)

2. Formen des Eigentums können sein: a) staatliches, b) kommunales, c) genossenschaftliches Eigentum, d) nichtkapitalistisches Privateigentum, e) gesellschaftlich kontrolliertes Privateigentum an Kapital (Klein 2007).

Literatur

- Altwater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt – Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – Der Fall Brasilien, Hamburg.
- Hacks, Peter/Holz, Hans Heinz (2007): Nun habe ich Ihnen doch zu einem Ärger verholfen. Briefe, Texte, Erinnerungen, Berlin.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Hermlin, Stefan (1979): Abendlicht, Leipzig.
- Hess, Peter (1990): Ausgangspunkte moderner Kapitalismuskritik, in: IPW-Berichte 1/1990, S. 33-39.
- Hilferding, Rudolf (1924): Probleme der Zeit. Ein Geleitwort von Rudolf Hilferding, in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Bd. 1. Berlin, S. 1-17.
- Hilferding, Rudolf (1927): Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin, S. 165-184.
- Hilferding, Rudolf (1947): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin.
- Hobsbawm, Eric (1999): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 3. Aufl., München.
- Jánossy, Franz, unter Mitarbeit von Maria Holló (1966): Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt/M.
- Klein, Dieter (2007): Die Linke und das Eigentum. Zur programmatischen Diskussion, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): Die Linke. Wohin verändert sie die Republik? Berlin, S. 192-218.
- Kuczynski, Thomas (2008): Grundfrage der Bewegung – ungelöst, in: junge Welt Nr. 45, 22. Februar 2008, S. 10-11.
- Marglin, Stephen A./Schor, Juliet B. (Hrsg.) (1991): The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience, Oxford.
- Marx, Karl (1968/16): Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, gegründet am 28. September 1864 in öffentlicher Versammlung in St. Martin's Hall, Long Acre, in London. (= Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [MEW] Bd. 16), Berlin, S. 5-13.
- Marx, Karl (1968/17): Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. (= Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke.

- Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [MEW] Bd. 17), Berlin, S. 313-362.
- Marx, Karl (1975): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. (= Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [MEW] Bd. 23), Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969): Manifest der Kommunistischen Partei. (= Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [MEW] Bd. 4), Berlin, S. 459-493.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 2. Aufl., Frankfurt/M.
- Segev, Tom (2005): 1967. Israels zweite Geburt, München.
- Vardar, Melis (2008): Wie kommunistisch ist Filesharing?, in: Jungle World Nr. 6, 7. Februar, S. 5.

Die Autorinnen und Autoren

Joachim Becker, ao. Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung an der Wirtschaftsuniversität Wien; Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Regulationstheorie, Lateinamerika, Osteuropa

Hans-Jürgen Bieling, Juniorprofessor für Europäische Integration am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg; Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Internationale Politische Ökonomie sowie Staats-, Politik- und Gesellschaftstheorie

Christina Deckwirth, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Arbeitsschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration, Handelspolitik und Privatisierung

Frank Deppe, Frankfurt am Main, bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung, Marxismus, Europäische Integration/Internationale Politische Ökonomie

Matthias Ebenau, Student der Politikwissenschaft in Marburg, verfasst zurzeit seine Diplomarbeit über den Widerstand gegen das CAFTA-DR Abkommen

Rainer Falk, Dipl.-Soziologe und Wirtschaftspublizist, Luxemburg, Herausgeber des Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E)

Georg Fülberth, Kapitalistiker, Marburg

Therese Gerstenlauer, Studentin der Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung und Religionswissenschaft an der Universität Marburg; Studienschwerpunkte: Lateinamerika (Guatemala, Mexiko), Geschlechterverhältnisse

Alke Jenss, Studentin der Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Spanisch an der Universität Marburg; momentane Arbeitsschwerpunkte: Kolumbien, Lateinamerika, Staatlichkeit in der Peripherie

Ingo Malcher, Dr. phil., Politikwissenschaftler und Journalist, Hamburg; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika und Finanzmärkte

Gert Meyer, Marburg

Bea Müller, Doktorandin an der Universität Marburg; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika, feministische Theorie, Frauenbewegung

Clarita Müller-Plantenberg, Soziologin, Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen von Großprojekten und solidarische Ökonomie sowohl weltweit als auch vor Ort

- Urs Müller-Plantenberg*, lange Jahre Dozent am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin, zuletzt Professor am Zentrum für Lateinamerika-Studien der Warschauer Universität für Soziologie; Arbeitsschwerpunkt: Politische Soziologie des südlichen Lateinamerika
- Stefan Peters*, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika (insb. Uruguay und Chile), Sozialpolitik, Nationalismus, Vergangenheitspolitik und Militärdiktaturen
- Rainer Rilling*, Soziologe, apl. Prof. an der Universität Marburg und wissenschaftlicher Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Kapitalismusanalyse, internationale Beziehungen
- Werner Ruf*, Prof. Dr., Universität Kassel i. R. Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik; Arbeitsschwerpunkte: Friedensforschung, Nordafrika/Nahost, in jüngster Zeit Terrorismus, politischer Islam
- Kristy Schank*, Bildungsreferentin bei der »Action Solidarité Tiers Monde« (ASTM) in Luxemburg
- Stefan Schmalz*, Dr., Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika, Nord-Süd-Beziehungen und Entwicklungstheorie, Internationale Politische Ökonomie
- Johannes Schulten*, Student der Politikwissenschaft und VWL in Marburg; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika, Gewerkschaften in Argentinien und Uruguay
- Albert Sterr*, Politikwissenschaftler und Publizist, Nürnberg; Arbeitsschwerpunkte: soziale und linke Bewegungen in Lateinamerika
- Juliana Ströbele-Gregor*, Dr., Altamerikanistin und Ethnologin, freiberufliche Wissenschaftlerin und Gutachterin; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika: Andenländer und Guatemala, Indigene Bewegungen, Gender, Religiöse Bewegungen
- Anne Tittor*, Doktorandin an der Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika, soziale Bewegungen, Gesundheitspolitik